

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für**  
**Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 12.12.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf

---

**Anwesend sind:**

Herr Jürgen Berkei  
Herr Werner Hesse  
Herr Dieter Erber  
Herr Bernt Klapper  
Herr Tobias Koch  
Herr Klaus Ryborsch  
Herr Wolfgang Salzer  
Frau Olga Schmitt  
Frau Sigrid Waldheim  
Herr Walter Witkus

Vertreter für Herrn Stv. Feldpausch

**Stadtverordnetenvorsteherin**

Frau Ilona Schaub

**Fraktionsvorsitzende:**

Herr Winand Koch  
Herr Hans-Georg Lang  
Herr Manfred Thierau

**Vom Magistrat:**

Herr Christian Somogyi  
Herr Otmar Bonacker

**Ausländerbeirat:**

Frau Zehra Demir

**Von der Verwaltung:**

Herr Friedrich Greib  
Herr Frank Holtfurth  
Herr Uwe Volz  
Frau Sarah Wieber

**Schriftführer:**

Herr Klaus-Peter Riedl

### Entschuldigt fehlen:

Herr Michael Feldpausch  
Herr Stefan Rhein  
Frau Fatma Sevilay Tosun

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 2.1 Ortsbeirat Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 29.09.2017 (eingegangen am 05.10.2017)  
Vorlage: GRÜ/2017/0006
- 2.2 Bürgerbegehren über die Errichtung von Ortsbezirken und damit die Einrichtung von Ortsbeiräten in der Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 23.11.2017 (eingegangen am 24.11.2017)  
Vorlage: CDU/2017/0008
- 2.3 Wiederkehrende Straßenbeiträge; Antrag gem. § 14 GO der CDU-Fraktion vom 23.11.2017 (eingegangen am 24.11.2017)  
Vorlage: CDU/2017/0009
- 2.4 Wiederkehrende Straßenbeiträge; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 28.11.2017 (eingegangen am 28.11.2017)  
Vorlage: SPD/2017/0002
- Beschlüsse
- 3 Haushaltssatzung 2018 und Investitionsprogramm 2017 bis 2021  
Vorlage: FB1/2017/0128
- 4 Wirtschaftsplan 2018 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"  
Vorlage: Dul/2017/0016
- 5 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2018  
Vorlage: FB5/2017/0041
- 6 Weiterentwicklung der Windenergie in Stadtallendorf; Konzept zur wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Stadtallendorf mit dem Ziel der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger  
Gründung der "Windpark Hopfenberg GmbH"  
Vorlage: FB4/2017/0090
- 7 2. Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 17.12.2009 (in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2014 - WVS):  
a) Erhöhung der Wassergebühren nach § 25 Abs. 3 WVS zum 01.01.2018;  
b) Anpassung der Grund- und Verwaltungsgebühren nach § 27 WVS  
Sitzung Betriebskommission Stadtwerke vom 20.06.2017 (TOP 8) und Sitzung Betriebskommission am 24.10.2017 (TOP 8)  
Vorlage: FB5/2017/0039
- 7.1 2. Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 17.12.2009 (in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2014 - WVS) -  
Ankündigungsbeschluss zur Erhöhung der Wassergebühren und Grund-/Ablese- und Verwaltungsgebühren  
Sitzung der Betriebskommission Stadtwerke am 20.06.2017, 24.10.2017 (jeweils TOP 8) und 21.11.2017 (TOP 4); §§ 25 Abs. 3, 27 WVS  
Vorlage: FB5/2017/0039/1
- 8 2. Satzung zur Änderung der Entwässerungssatzung vom 17.12.2009 (in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2014 - EWS) -  
Ankündigungsbeschluss zur Erhöhung der  
a) Schmutzwasser- u. Niederschlagswassergebühren gem. § 23 Abs. 1 und 25 Abs. 1 EWS ab 01.01.2018  
b) Erhöhung der Fäkalschlammgebühren gem. § 27 EWS zum 01.01.2018  
c) Erhöhung der Grund-/Ablese- u. Verwaltungsgebühren gem. § 28 Abs. 1 u. 2 EWS zum 01.01.2018  
Vorlage: FB5/2017/0042

9	Kenntnisnahmen Haushaltsplanung/Haushaltsausgleich/Verfügung der Kommunalaufsicht vom 17.10.2017 Vorlage: FB1/2017/0131
10	Beschlusskontrolle
11	Berichte aus den Verbandsversammlungen
12	Mitteilungen
13	Verschiedenes

## **Inhalt der Verhandlungen:**

### **Zu 1 Eröffnung und Begrüßung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Widersprüche.

### **Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen**

Auf Hinweis des Vorsitzenden sollten die Anträge zum Thema „Ortsbeiräte“ behandelt werden. Hiergegen erheben sich keine Einwände.

#### **Zu 2.1 Ortsbeirat Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 29.09.2017 (eingegangen am 05.10.2017) Vorlage: GRÜ/2017/0006**

Herr Stv. Klapper erläutert den von der Fraktion B90/Die Grünen gestellten Antrag zur Einführung eines Ortsbeirates für die Kernstadt. Er sieht darin eine Möglichkeit zur Stärkung der Bürgerbeteiligung.

#### **Zu 2.2 Bürgerbegehren über die Errichtung von Ortsbezirken und damit die Einrichtung von Ortsbeiräten in der Kernstadt; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 23.11.2017 (eingegangen am 24.11.2017) Vorlage: CDU/2017/0008**

Herr Stv. Lang begründet den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag in Gestalt der vorliegenden Neufassung. Nach Auffassung der CDU sei nur ein Ortsbeirat für die gesamte Kernstadt nicht zielführend, weshalb auch eine vorweggenommene Bürgerbefragung angestrebt werde.

Herr Stv. Lang kündigt an, den Antrag aufgrund von neu eingeholten Information zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2017 zurückzuziehen und durch einen neuen Antrag zu ersetzen.

Herr Stv. Hesse schlägt die Prüfung von Aufgaben vor, die in der Kernstadt Ortsbeiräten sinnvoll übertragen werden können.

Herr Stv. Winand Koch erklärt, dass die FDP-Fraktion offen sei, was die Diskussion zur Prüfung von Ortsbeiräten für die Kernstadt angehe.

Ein Beschluss über die Anträge zum Thema Ortsbeiräte erfolgte seitens des Fachausschusses I nicht.

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 2.3 Wiederkehrende Straßenbeiträge; Antrag gem. § 14 GO der CDU-Fraktion vom 23.11.2017 (eingegangen am 24.11.2017)  
Vorlage: CDU/2017/0009**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob weitere Anträge im Fachausschuss I behandelt werden sollen, besteht Einvernehmen darüber, dass die Anträge zum Thema „wiederkehrende Straßenbeiträge“ behandelt werden sollen.

Lt. Herrn Stv. Lang stellt der Antrag der CDU-Fraktion ein Prüfauftrag dar, um das Thema in Ruhe diskutieren und entscheiden zu können. Ziel seiner Fraktion sei, hieraus einen gemeinsamen Antrag mit anderen Fraktionen zu machen.

Herr Stv. Hesse und Herr Stv. Winand Koch würden auch einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema begrüßen. Herr Stv. Winand Koch verweist im weiteren Verlauf jedoch darauf, dass bei der Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen auch die Frage des (jeweiligen) Straßenzustandes zu berücksichtigen sei, um bestimmte Schonfristen für die Einbeziehung von Anliegern erst vor Kurzem ausgebauter Straßen berücksichtigen zu können.

Im Verlauf der Sitzung wird zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2017 ein gemeinsamer Antrag von der CDU- und SPD-Fraktion gestellt und verteilt.

Ein Beschluss über diesen Antrag zum Thema „wiederkehrende Straßenbeiträge“ erfolgte seitens des Fachausschusses I nicht.

**Zu 2.4 Wiederkehrende Straßenbeiträge; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 28.11.2017 (eingegangen am 28.11.2017)  
Vorlage: SPD/2017/0002**

Siehe 2.3

**Zu Beschlüsse**

**Zu 3 Haushaltssatzung 2018 und Investitionsprogramm 2017 bis 2021  
Vorlage: FB1/2017/0128**

Der Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Herr Bürgermeister Somogyi gibt hierzu weitere Erläuterungen. Er verweist insbesondere darauf, dass der gesetzlich geforderte Haushaltsausgleich erneut gelungen ist und darauf, dass keine Steuer- und Gebührenerhöhungen erforderlich sind. Der Haushalt setze weiterhin gute Rahmenbedingungen, die der Stadt ihre Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit sichert.

Im Vorgriff auf die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 4 und 5 erläutert Herr Bürgermeister Somogyi auch die Eckdaten der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Stadtwerke und Dul.

Die Frage von Herrn Stv. Thierau, die Möglichkeit des planerischen Haushaltsausgleichs durch Inanspruchnahme von Rücklagen aus kumulierten ordentlichen Ergebnissen früherer Haushaltsjahre betreffend, wird von Herrn Riedl beantwortet. Herr Riedl verweist darauf, dass lt. vorliegender Antwort der Kommunalaufsicht des Landkreises MR-BID die Inanspruchnahme von Rücklagen im Rahmen der Haushaltsplanung nicht möglich ist. Diese Möglichkeit bestehe unter bestimmten Voraussetzungen nur, falls im Rahmen des Jahresabschlusses ein Defizit im Ergebnishaushalt verbleiben sollte.

**Beschluss:**

Der vom Magistrat aufgestellte Entwurf

1. der Haushaltssatzung 2018
2. des Investitionsprogramms 2017 bis 2021 und

wird beschlossen.

**Beratungsergebnis:** zurückgestellt bis zur 2. Lesung und  
Beschlussfassung

**Zu 4      Wirtschaftsplan 2018 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"  
Vorlage: Dul/2017/0016**

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte zusammen mit TOP 3.

**Beschluss:**

Der beigefügte Wirtschaftsplan 2018 des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“ für das Wirtschaftsjahr 2018 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Beratungsergebnis:** zurückgestellt bis zur 2. Lesung und  
Beschlussfassung

**Zu 5      Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2018  
Vorlage: FB5/2017/0041**

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte zusammen mit TOP 3

**Beschluss:**

Der beigefügte Wirtschaftsplan der Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 2018 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Beratungsergebnis:** zurückgestellt bis zur 2. Lesung und  
Beschlussfassung

**Zu 6      Weiterentwicklung der Windenergie in Stadtallendorf; Konzept zur  
wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Stadtallendorf mit dem Ziel der  
Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger  
Gründung der "Windpark Hopfenberg GmbH"  
Vorlage: FB4/2017/0090**

Der Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Zielsetzung dieser Vorlage, die in verschiedenen Sitzungen und Informationsveranstaltungen vorgestellt wurde.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Magistrats zur Entwicklung des Windparks Hopfenberg zur Kenntnis.



**Zu 7.1      2. Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 17.12.2009  
(in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2014 - WVS) -  
Ankündigungsbeschluss zur Erhöhung der Wassergebühren und Grund-  
/Ablese- und Verwaltungsgebühren  
Sitzung der Betriebskommission Stadtwerke am 20.06.2017, 24.10.2017  
(jeweils TOP 8) und 21.11.2017 (TOP 4); §§ 25 Abs. 3, 27 WVS  
Vorlage: FB5/2017/0039/1**

Der Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Lt. Hinweis von Herrn Bürgermeister Somogyi steht die Variante „Ankündigungsbeschluss“ zur Diskussion und Entscheidung an.

Herr Stv. Hesse verweist darauf, dass der Ankündigungsbeschluss (analog des nachfolgenden Tagesordnungspunktes) die maximale und nicht eine fixe Gebührenerhöhung zum Inhalt haben sollte. Auch sollte der Ankündigungsbeschluss auf den „Entwurf“ einer Änderungssatzung verweisen und nicht auf eine erst noch zu beschließende Änderungssatzung.

Herr Bürgermeister Somogyi kündigt daraufhin an, dass die Stadtwerke zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2017 eine entsprechende Austauschseite liefern werden.

**Beschluss:**

Der als Anlage beigefügte Ankündigungsbeschluss zur Änderung der Wasserversorgungssatzung (WVS - 2. Satzung zur Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 17.12.2009 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2014) wird beschlossen.

**Beratungsergebnis:**                      Zur Kenntnis genommen

**Zu 8            2. Satzung zur Änderung der Entwässerungssatzung vom 17.12.2009  
(in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2014 - EWS) -  
Ankündigungsbeschluss zur Erhöhung der  
a) Schmutzwasser- u. Niederschlagswassergebühren gem. § 23 Abs. 1 und  
25 Abs. 1 EWS ab 01.01.2018  
b) Erhöhung der Fäkalschlammgebühren gem. § 27 EWS zum 01.01.2018  
c) Erhöhung der Grund-/Ablese- u. Verwaltungsgebühren gem. § 28 Abs. 1  
u. 2 EWS zum 01.01.2018  
Vorlage: FB5/2017/0042**

Herr Stv. Lang sieht für die CDU-Fraktion in der geplanten Rückwirkung ein Problem, hält eine Änderung z.B. ab dem 01.07.2018 für besser.

Frau Stv. Waldheim verweist darauf, dass der Ankündigungsbeschluss die Möglichkeit einer rückwirkenden Gebührenanpassung auf den 01.01.2018 eröffne, dies aber nicht bindend vorgebe.

Zur Frage des Herrn Stv. Winand Koch nach dem Verwaltungsaufwand einer späteren Erhöhung als zum 01.01.2018 erläutert Herr Holtfurth die rechtlichen Anforderungen einer Gebührenkalkulation, die sich auf einen unterjährigen Zeitpunkt beziehen.

**Beschluss:**

Der als Anlage beigefügte Ankündigungsbeschluss zur Änderung der Entwässerungssatzung (EWS – 2. Satzung zur Änderung der

Entwässerungssatzung vom 17.12.2009 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 18.12.2014) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 4 dafür  
6 Enthaltungen

**Zu Kenntnisnahmen**

**Zu 9 Haushaltsplanung/Haushaltsausgleich/Verfügung der Kommunalaufsicht vom 17.10.2017  
Vorlage: FB1/2017/0131**

Die Vorlage wurde zusammen mit TOP 3 behandelt.

**Kenntnisnahme:**

Die Verfügung der Kommunalaufsicht vom 17.10.2017 wird zur Kenntnis genommen (Antwort auf die Anfrage vom 07.09.2017).

**Beratungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 10 Beschlusskontrolle**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Zu 11 Berichte aus den Verbandsversammlungen**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Zu 12 Mitteilungen**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Zu 13 Verschiedenes**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Jürgen Berkei  
Vorsitzender**

**Klaus-Peter Riedl  
Schriftführer**